

## Informationsvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
<b>Integrationsrat</b>	26.09.2018	öffentlich
<b>Schul- u. Sportausschuss</b>	09.10.2018	öffentlich
<b>Sozial- und Gesundheitsausschuss</b>	09.10.2018	öffentlich
<b>Jugendhilfeausschuss</b>	10.10.2018	öffentlich
<b>Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss</b>	31.10.2018	öffentlich

### Integrationsmonitoring – Daten zur Teilhabe von Bielefelderinnen und Bielefeldern mit Migrationshintergrund in den Jahren 2012 bis 2016

Das weiterentwickelte Bielefelder Integrationskonzept „Diversität, Partizipation und Integration“ wurde im Juni 2016 mit der Vereinbarung beschlossen, regelmäßig über die Umsetzung zu berichten. Um den Stand und die Entwicklung der umfassenden Aufgabe „Integration“ datenbasiert beurteilen zu können, wurden in zentralen Handlungsfeldern Indikatoren festgelegt, die sich am Integrationsmonitoring des Landes NRW orientieren und auf Daten der Kommune, des Landes NRW und des Bundes basieren. Die langfristige Beobachtung der Entwicklung dieser Zahlen, bezogen auf Bielefelderinnen und Bielefelder mit bzw. ohne Migrationshintergrund, ist Aufgabe des städtischen Integrationsmonitorings. Es ermöglicht Aussagen über langfristige Entwicklungen, ersetzt jedoch nicht die Prozess- und Wirkungsevaluation einzelner integrationspolitischer Maßnahmen und Projekte.

Das vorliegende Monitoring umfasst die Jahre 2012 bis 2016 und ist eine erste Fortschreibung des Integrationsmonitorings aus dem Jahre 2013, welches auf Zahlen der Jahre 2010 bis 2012 basierte. Somit können in diesem Bericht zum ersten Mal Trends dargestellt werden. Die Fortschreibung des Integrationsmonitorings wurde möglich durch die Unterstützung des Kooperationsprojekts „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ von Kommunalem Bildungsbüro und Kommunalem Integrationszentrum. Der Bericht soll Entscheidungsträgern für künftige strategische Ausrichtungen und Entscheidungsfindungen zur Ausgestaltung integrationspolitischer Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden, ist jedoch ebenfalls an interessierte Einwohnerinnen und Einwohner gerichtet.

Der Migrationshintergrund wird mit den vier Ausprägungen „Ausländer“, „Einbürgerungen“, „Aussiedler“ und „Einwohner ohne (erkennbaren) Migrationshintergrund“ erfasst. Als „**Ausländer**“ werden im Integrationsmonitoring alle Einwohner ohne deutsche Staatsangehörigkeit bezeichnet.<sup>1</sup>

Zusammenfassung der Ergebnisse:

#### **Bevölkerungsentwicklung:**

Zwischen den Jahren 2012 und 2016 ist der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in Bielefeld von 33 Prozent auf 36 Prozent gewachsen (aktueller Stand 30.06.2018: **38,2 Prozent**). Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund ist in den Stadtbezirken unterschiedlich hoch,

<sup>1</sup> Zur Definition von Migrationshintergrund siehe Integrationsmonitoring 2018, S. 4.

auch der Anstieg zwischen den Jahren 2012 und 2016 ist stadtweit nicht gleich verteilt.

Die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund hat sich vor allem aufgrund der Zu- und Fortzüge im genannten Zeitraum weiter verjüngt.

Durch Zuwanderung ist die Einwohnerzahl in Bielefeld seit 2012 deutlich gestiegen.

Fast die Hälfte der Menschen mit Migrationshintergrund lebt in der Haushaltsform „Familien mit zwei Elternteilen und Kind(ern)“.

### **Rechtliche Integration:**

Mehr als zwei Drittel der in Bielefeld lebenden Ausländer haben einen dauerhaft sicheren Aufenthaltsstatus.

Die türkische Staatsangehörigkeit ist die häufigste ausländische Staatsangehörigkeit in Bielefeld mit leicht rückläufiger Tendenz.

Weitere häufige Staatsangehörigkeiten sind die irakische, die griechische und die polnische Staatsangehörigkeit, alle mit Zuwachs seit dem Jahr 2012.

Die Einbürgerungsquote hat seit dem Jahr 2012 abgenommen, das Interesse an Einbürgerungen ist jedoch hoch.

### **Bildung:**

Ein Drittel der Kinder in den Kindertageseinrichtungen spricht in der Familie vorrangig eine andere als die deutsche Sprache. Der Anteil ist stabil, die Anzahl der Kinder hat jedoch seit 2012 insgesamt zugenommen.

Kinder, die in der Familie überwiegend nicht deutsch sprechen, besuchen die Kindertageseinrichtungen später als andere Kinder.

An den Grundschulen ist der Anteil der Kinder mit Zuwanderungsgeschichte sehr unterschiedlich, er liegt in Sennestadt und Stieghorst bei rund 70 Prozent, in Dornberg hingegen nur bei 28,5 Prozent.

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungsgeschichte<sup>2</sup> ist an Haupt- und Realschulen hoch, an Gymnasien gering.

Ausländische Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule am häufigsten mit einer Fachoberschulreife, während deutsche Schülerinnen und Schüler die Schule am häufigsten mit der Hochschulreife abschließen.

Ausländische Schülerinnen und Schüler im Berufsbildungssystem machen seltener als deutsche eine duale Ausbildung und besuchen häufiger die Bildungsgänge des Übergangssystems.

### **Arbeitsmarkt:**

Der Bestand an ausländischen Arbeitslosen ist in den Jahren 2016 und 2017 zurückgegangen.

Die Zahl der versicherungspflichtig beschäftigten Ausländerinnen und Ausländer ist gestiegen.

Die Zahl der geringfügig beschäftigten Ausländerinnen und Ausländer ist gestiegen.

Insgesamt ist die Arbeitslosigkeit unter Ausländerinnen und Ausländern jedoch nach wie vor hoch, im Dezember 2017 waren 33,7 Prozent der Arbeitslosen in Bielefeld Ausländerinnen bzw. Ausländer.

Bei der Stadt Bielefeld hatten im Jahr 2016 16,6 Prozent der Beschäftigten einen persönlichen Zuwanderungshintergrund (974 Personen).

Nur vier Prozent der kommunalen Beamten hatten einen Zuwanderungshintergrund, jedoch 21 Prozent der tariflich Beschäftigten.

Menschen mit Zuwanderungshintergrund sind bei der Stadt Bielefeld überdurchschnittlich in den Bereichen Gebäudereinigung/Hauswirtschaft, Ordnung/Sicherheit und künstlerische Berufe tätig.

---

<sup>2</sup> Zur Definition von Zuwanderungsgeschichte im schulischen Kontext siehe Integrationsmonitoring 2018, S. 20.

**Gesundheit:**

Die Vorsorgeuntersuchung U8 wird von Familien, deren Erstsprache nicht deutsch ist, nahezu genauso häufig wahrgenommen, wie von anderen Familien.

Das Integrationsmonitoring zeigt Ungleichgewichte in der Partizipation in Teilbereichen auf, die sowohl im laufenden Umsetzungs- und Weiterentwicklungsprozess des Integrationskonzeptes „Diversität, Partizipation und Integration“ berücksichtigt werden müssen, wie auch in der jeweiligen Fachplanung der zuständigen Ressorts.

**Oberbürgermeister**

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.